10. Die Bildung der WB Forstwirtschaft erfolgt im Rahmen

des Haushalts- und Stellenplanes der Abteilung Forstwirtschaft und der für die Forstwirtschaft in den Querschnittsabteilungen der Räte der Bezirke vorhandenen Planstellen und finanziellen Mittel,

der Planstellen und finanziellen Mittel der Forstwirtschaft in den Referaten Allgemeine Landwirtschaft bei den Räten der Kreise und der bei den Holz-Kontoren der Bezirke für die Arbeitsgruppe Rohholz, Rinden und Harz vorhandenen Planstellen und finanziellen Mittel.

Das vorhandene bewegliche Sachvermögen und Verbrauchsmaterial der bisher für die Forstwirtschaft verantwortlichen staatlichen Organe ist von den Räten der Bezirke und Kreise ohne Weitererstattung auf der Grundlage von Vereinbarungen mit Übergabe / Übernahme-Protokoll den WB Forstwirtschaft bei ihrer Bildung zu übergeben. Das bewegliche Sachvermögen der Fachgebiete Rohholz bei den Holz-Kontoren der Bezirke ist der WB Forstwirtschaft und das des Staatlichen Holz-Kontors der Hauptverwaltung Forstwirtschaft zu übergeben.

11. Die von den Räten der Bezirke und Kreise wahrgenommenen staatlichen Aufgaben auf dem Gebiet der Forstwirtschaft werden den WB Forstwirtschaft bzw. Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieben übertragen. Die bisherigen Aufgaben der Räte der Kreise zur Erteilung von Auflagen an waldbesitzende LPG und Privatwaldbesitzer zur Ablieferung von Rohholz, Rinden und Harz, der Durchführung von Aufforstungen, der Waldpflege und des Forstschutzes gehen auf die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe über. Die Leiter der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe haben diese Produktionsauflagen den zuständigen Produktionsleitungen der Kreislandwirtschaftsräte zur Bestätigung vorzulegen. Die Produktionsleitungen der Kreislandwirtschaftsräte sind für die Erfüllung dieser Produktionsauflagen in den LPG mit verantwortlich.

Die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe bilanzieren den Eigenbedarf an Holz für die waldbesitzenden LPG und Privatwaldbesitzer und erteilen die Kontingente dieses Eigenbedarfs nach Abstimmung mit den zuständigen Produktionsleitungen der Kreislandwirtschaftsräte.

Die Aufgaben auf dem Gebiet der Landeskultur und des Naturschutzes verbleiben bei den Räten der Bezirke und Kreise.

12. Die WB Forstwirtschaft leiten die Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe in allen Fragen der Jagdbewirtschaftung an und erteilen ihnen im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes Auflagen für den Wildabschuß und die Wildablieferung.

Den Jagdgesellschaften werden die staatlichen Auflagen über den Wildabschuß und die Wildablieferung nach Abstimmung mit den zuständigen Jagdbeiräten der Räte der Kreise von den Leitern der Staatlichen Forstwirtschaftsbetriebe übergeben.

13. Die entsprechend dem Gesetz vom 25. November 1953 zur Regelung des Jagdwesens (GBl. S. 1175) gebildeten Jagdbeiräte bei den Räten der Bezirke und Kreise bleiben bestehen. Bei den Räten der Bezirke wird mit Bildung der WB Forstwirtschaft durch den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes ein

hauptamtlicher Sekretär des Jagdbeirates berufen. Bei den Räten der Kreise wird ein ehrenamtlicher Sekretär des Jagdbeirates durch den Vorsitzenden des Rates des Kreises berufen. Zur Lösung der Aufgaben der Jagdbehörde des Rates des Kreises sind weitere ehrenamtliche Kräfte einzubeziehen.

14. Die vom Staatlichen Holz-Kontor und den Holz-Kontoren der Bezirke wahrgenommenen Aufgaben der Bilanzierung, der Lenkung und des Absatzes von Rohholz aus eigenem Aufkommen und der Importe, einschließlich des regionalen Ausgleiches sind von der Hauptverwaltung Forstwirtschaft und den WB Forstwirtschaft zu übernehmen.

Berlin, den 10. Oktober 1963

Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

Der Vorsitzende
des Landwirtschaftsrates
beim Ministerrat
der Deutschen
Demokratischen Republik

Stoph
Erster Stellvertreter
des Vorsitzenden
des Ministerrates * 1

Ewald
Minister

Verordnung über die Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen im Bauwesen.

Vom 17. Oktober 1963

§ 1

Folgende gesetzliche Bestimmungen sind gegenstandslos und werden aufgehoben:

1. die Verordnung vom 20. Dezember 1951 über Maßnahmen zur Verminderung der Lohnnebenkosten in der Bauwirtschaft (GBl. 1952 S. 3),
2. die Verordnung vom 13. Februar 1958 über die Organisation auf dem Gebiet des Bauwesens (GBl. I S. 144),
3. die Verordnung vom 19. April 1962 über die Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen im Bauwesen (GBl. II S. 279).

§ 2

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Oktober 1963

Der Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik

Der Minister
° für Bauwesen

Stoph
Erster Stellvertreter
des Vorsitzenden
des Ministerrates

I. V. : Schmiechen
Staatssekretär